

## INHALT

1. Europapolitische Schwerpunkte Schleswig-Holsteins 2011
2. Verfassungsschutzbericht 2010 Thema im Landtag
3. Soziale Netzwerke dürfen nicht zu Schlagkartei über menschliche Profile verkommen
4. Der Jugendkriminalität früh, konsequent und gemeinsam begegnen

15.09.2011

### Europapolitische Schwerpunkte Schleswig-Holsteins 2011 Europa zum Erfolg führen



Johannes Callsen, MdL

In der heutigen Landtagsdebatte über die europapolitischen Schwerpunkte der Landesregierung 2011 hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, die Bedeutung der europäischen Idee hervor gehoben und an die Verantwortung jedes einzelnen Mitgliedes erinnert:

„Europa war und ist das größte und erfolgreichste Friedensprojekt der Weltgeschichte. Das sollten wir uns immer wieder vor Augen führen, wenn wir über Europa und den Euro reden. Kleinlichkeit, Rechthaberei und Schulmeisterei steht uns nicht gut an“, so Callsen. Schleswig-Holstein und Deutschland hätten Europa unendlich viel zu verdanken.

Der vorliegende Bericht umfasse alle landespolitischen und fachlichen Schwerpunkte der Landesregierung. Besonders hervor zu heben seien die Ostsee- und Nordseeoperation sowie die interregionale Zusammenarbeit, die Energie-, Klima- und Meerespolitik.

Die Förderpolitik der EU vergrößere die Entwicklungschancen Schleswig-Holsteins ganz erheblich. So stünden Schleswig-Holstein in der aktuellen Förderperiode bis 2013 insgesamt rund 792 Millionen aus den EU-Strukturfonds zur Verfügung.

Im Hinblick auf den Antrag der SPD-Fraktion, mit dem diese die Finanzierung zusätzlicher EU-Programme zur Förderung der Ausbildung, Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen forderte, wurde Callsen deutlich. Der SPD-Antrag war ausgerechnet mit „Eine verantwortliche Finanzpolitik für ein starkes Europa“ überschrieben. Callsen: „Allein die Überschrift Ihres Antrages ist bizarr: Das, was die SPD in Schleswig-Holstein bis 2005 vorgelegt hat, Ihre Schuldenpolitik, hat mit verantwortungsvoller Finanzpolitik rein gar nichts zu tun.“

Eine verantwortliche Finanzpolitik für Europa fängt nämlich zu Hause, fängt in Schleswig-Holstein an. Der CDU-Fraktionschef stellte die Erfolge der Landesregierung heraus: „Seit 2005 sind mehr als 70.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zusätzlich entstanden. Dieser Zuwachs ist deutlich höher als im Bundesschnitt. Das, meine Damen und Herren, ist verantwortungsvolle Finanz- und Wirtschaftspolitik auch für Europa.“

Zum Europabericht der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1500/drucksache-17-1566.pdf>

---

## **Verfassungsschutzbericht 2010 Thema im Landtag** **Eine Garantie gegen Terrorismus gibt es nicht**



Werner Kalinka, MdL

In der aktuellen Landtagssitzung wurde über den Schleswig-Holsteinischen Verfassungsschutzbericht 2010 debattiert. Für die CDU-Fraktion stellte Innenexperte Werner Kalinka fest, dass es keine Garantie gegen Terrorismus gebe:

„Der Extremismus ist und bleibt die größte Gefahr für die Demokratie. Er ist durch Intoleranz, Ausgrenzung und Hassbereitschaft gekennzeichnet. Dies sind keine Werte der Demokratie, deshalb stehen sie im Gegensatz zu ihr“, betonte Kalinka.

Extremismus könne jederzeit in Terror übergehen. Diese Übergänge seien fließend und die Gefahren deshalb nicht gering. Terroristen würden keine Grenzen kennen. Vernetzungen, die aus internationalen Strukturen resultierten oder den Verdacht darauf begründeten, gebe es auch zu Personen in Schleswig-Holstein.

„Auch in Deutschland gibt es Personen, bei denen potentiell davon ausgegangen wird, zu Anschlägen bereit zu sein. Sie können zu jeder Zeit, an jedem Ort zuschlagen“, so Kalinka.

Der Innenexperte warnte davor, die von gewaltbereiten Extremisten sowohl des rechten als auch des linken Lagers ausgehenden Gefahren zu unterschätzen. „Beide Seiten sind sich einig, unsere Demokratie zu destabilisieren. Sie sind gut vernetzt, verfügen über Publikationen und versuchen, mit billigen Parolen Bürger zu verführen“, so Kalinka.

Den Verfassungsschutzbericht finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1400/drucksache-17-1494.pdf>

---

## **Soziale Netzwerke dürfen nicht zu Schlagkartei über menschliche Profile verkommen** **Gemeinsames Vorgehen aller Länder erforderlich**



Dr. Michael von Abercron, MdL

Letzte Woche war es auf Initiative der Regierungsfractionen bereits im Innen- und Rechtsausschuss zu einem Aufeinandertreffen von Richard Allan vom Unternehmen Facebook und dem schleswig-holsteinischen Datenschutzbeauftragten Thilo Weichert gekommen. Heute diskutierte der Schleswig-Holsteinische Landtag erneut intensiv über die datenschutzrechtlichen Auswirkungen von bestimmten Facebook-Angeboten.

Der datenschutzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Michael von Abercron, hob während der Debatte hervor wie ergiebig diese Anhörung war. „Sie hat deutlich gemacht, dass die bestehenden Angebote bei Facebook sehr wahrscheinlich gegen das Telemediengesetz, das Bundesdatenschutzgesetz und das Landesdatenschutzgesetz verstoßen.“

„Wir gehen aber davon aus, dass es nicht zu Sanktionen gegen private Anbieter von Facebook –Seiten kommen muss“, so von Abercron weiter. Mr. Allan (Facebook) habe zugesichert, dem Datenschutzbeauftragten binnen einer Woche weitere Unterlagen zur Verfügung zu stellen und versicherte, keine Profile von den Besuchern einer Seite mit dem „gefällt mir-Klick“ zu erstellen.

Fraktionsmitglied und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen mahnte in der Debatte ein gemeinsames Vorgehen aller Länder an. Schleswig-Holstein habe deshalb das Thema für die nächste Jahreskonferenz der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder in der kommenden Woche angemeldet. Eine solche Abstimmung sei auch zwischen allen obersten

Landesdatenschützern wünschenswert.

Auch der Ministerpräsident begrüßte die inzwischen aufgenommenen Gespräche zwischen dem ULD und Vertretern von Facebook. "Das scheint mir der richtige Ansatz zu sein. Drohgebärden sind dagegen nicht nur kontraproduktiv, sondern auch rechtlich fragwürdig", betonte er.

Insgesamt hob Carstensen den Wert der sozialen Netzwerke auch für die Demokratie hervor: "Wer sich an diese Form der Interaktivität herantraut, macht ein Angebot zum Dialog. Die Menschen nehmen dieses Angebot auch an", so Carstensen.

Den Antrag der Koalition zu diesem Thema finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1823.pdf>

---

### **Der Jugendkriminalität früh, konsequent und gemeinsam begegnen Die CDU-Landtagsfraktion hat konkrete Vorschläge!**

„Der Staat darf nicht zuschauen, wenn Bürger attackiert oder gar verletzt werden. Und wenn dies schon junge Leute tun, weil sie „einfach Bock darauf haben“, ist dies sehr schlimm“, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Werner Kalinka, in der heutigen Landtagsdebatte um den Bericht der Landesregierung zur Jugendkriminalität.

Der Bericht gibt einen Überblick über die neuen Entwicklungen in der Jugendkriminalität und vertieft das Thema Mehrfach-/Intensivtäter. Weiterhin wird der Bereich der Kooperation von Jugendstrafjustiz, Jugendhilfe, Polizei, Schule, Argen und anderen Institutionen beleuchtet, sowie eine wirksame Unterstützung von Eltern und Schule diskutiert.

Denn die Fakten sind bekannt: 58 % aller Raubdelikte und 48 % aller Körperverletzungen werden in Schleswig-Holstein von unter 21-jährigen verübt. 41 % der Gewalt- und Raubdelikte geschehen unter Alkoholeinfluss. „Erschreckende, allarmierende Zahlen“, so Kalinka. Deutlicher könne das Problem gar nicht zum Ausdruck kommen. Es gebe keine rechtsfreien Räume, auch nicht für jugendliche Intensivtäter.

„Wir brauchen Sanktion und Prävention bei jugendlichen Intensivtätern“, forderte der CDU-Landtagsabgeordnete. Nach der bis Mitte 2011 geltenden Definition gibt es knapp 1.000 jugendliche Intensivtäter in Schleswig-Holstein. Dazu habe die CDU-Landtagsfraktion im Juni 2011 ein 10-Punkte-Programm vorgelegt.

Den Bericht der Landesregierung finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1600/drucksache-17-1614.pdf>

Das 10 Punkte-Programm der CDU finden Sie unter:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/intensivtaeter.pdf>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)